

Alternative Zahlenwelt: Wenn Medien sich mit Narrativen verrechnen

geschrieben von Admin | 5. Mai 2023

Medien und Politiker verrechnen sich in vielen Fällen nicht einfach. Sondern sie bauen eine alternative Zahlen- und Vorstellungswelt. Dyskalkulie wird so zum Gesellschaftsproblem: Sie zerstört flächendeckend die rationale Wahrnehmung.

von Alexander Wendt

Früher, als der Wunsch nach einem vernünftigen Fernsehprogramm noch geholfen hat, gehörte auch das ZDF-Magazin *Wiso* zu den informativen Angeboten. In früheren Zeiten arbeiteten für das Format Redakteure, die sich auf beiden Gebieten auskannten. Heute existiert das Kürzel für „Wirtschaft und Soziales“ noch immer. Das Magazin informiert auch nach wie vor. Nur eben nicht mehr zu ökonomisch-sozialen Fragen, sondern eher zum Stand der gesellschaftlichen Dyskalkulie. Die wiederum beeinflusst übrigens beides, Wirtschafts- wie Sozialleben.

In seiner Sendung am 21. März deckte *Wiso* „Die Tricks der deutschen Restaurants“ auf, und zwar an der Herstellung eines Lachs-Flammkuchens. Erst lässt der *Wiso*-Koch Sebastian Lege seine Studiogäste schätzen, was diese Mahlzeit im Restaurant kosten würde. Die Vermutungen bewegen sich zwischen sechs und zehn Euro. Dann folgt die versprochene Trickaufdeckung: „Rund zwei Euro hat Sebastian Lege für die Fertigprodukte ausgegeben. Unsere Gäste hätten zehn gezahlt. Eine traumhafte Marge von fast 500 Prozent.“

Die Zutaten für den Flammkuchen belaufen sich in der Tat auf 2,01 Euro. Mit etwas Lebenserfahrung würden die meisten auch außerhalb des Studios vermuten, dass die Materialkosten in der Gastronomie um die 20 Prozent liegen, während die Personalkosten den größten Teil ausmachen. Dazu kommen noch die Posten Energie, Miete oder Pacht für die Geschäftsräume, Versicherung, Kapitalkosten, da es Küchenausstattungen in aller Regel nicht geschenkt gibt. Obenauf kommen noch Abgaben an den Staat. Kurzum: Würde der Koch das Rohmaterial auf der Straße anbieten, damit sie es nach Hause nehmen und dort selbst zubereiten, kämen die Kunden selbst mit Mehrwertsteuer ziemlich günstig davon. Der Trick der Restaurants besteht also darin, ein Restaurant zu führen. Mit der groß eingblendeten Marge von 500 Prozent zeigen die *Wiso*-Macher, dass sie tatsächlich außer dem Wareneinkauf nichts kalkulieren.

Hier handelt es sich nicht nur um ein schlichtes Verrechnen, sondern um ein relativ neues Phänomen, für das sich der Begriff gesellschaftliche Dyskalkulie anbietet. Dazu gehören ähnlich wie zu einem Flammenkuchen mehrere Zutaten. Erstens das völlige Unvermögen, Überschlagsrechnungen anzustellen, also eine Plausibilität zu überprüfen. Bei Gewinnspannen von 500 Prozent müssten Betreiber von Restaurants und Imbissbuden in einem märchenhaften Wohlstand leben, selbst dann, wenn sie ihren Angestellten ähnliche Gehälter bezahlen würden wie das ZDF seinen Redakteuren.

Zum Mangel an Überblick kommt aber noch die profunde Unkenntnis von Zusammenhängen. In dem Wiso-Fall scheinen die Redakteure nicht nur nicht zu wissen, wie sich Kalkulationen in der Gastronomie zusammensetzen. Sie verstehen auch offensichtlich das gesamte Konzept unternehmerischer Tätigkeit nicht. Drittens leiden Dyskalkulatoren an allem Möglichen, nur nicht an Ressourcenmangel. Sie finden sich in Parlamenten, Institutionen und großen Medien, mitunter auch sehr großen Medien. Das ZDF beispielsweise nimmt 2023 voraussichtlich 2,501 Milliarden Euro für seine gut 3500 Mitarbeiter ein. Nach der vereinfachten Wiso-Methode, in diesem Fall ausnahmsweise Sach- und alle anderen Kosten beiseitezulassen, ergibt sich daraus übrigens ein jährliches Durchschnittsgehalt um die 714.000 Euro.

Dyskalkuliegeübte lieben außerdem den präziösen Stil: Sie liegen entweder um mehrere Nullen oder hundert Prozent daneben, verwechseln Äpfel mit Gipseiern und verstehen meist das Kernprinzip einer Sache nicht. Aber fast immer betreiben sie dabei einen beachtlichen Aufwand. Zu dyskalkulatorischen Zahlenwerken oder Erklärbeispielen gehören fast immer aufwendige Grafiken, außerdem ein Tonfall, als würde die Wissenschaft persönlich das leicht zurückgebliebene Publikum sanft auf den Verständnispfad schubsen. Das gilt nicht nur für das Rechnen, sondern auch für naturwissenschaftliche Themen. Beispielsweise, wenn „Plan B“ – auch ein Format des ZDF – die Wichtigkeit von Insekten erläutert und zwar am Beispiel von Bienen, die Weizen bestäuben. Wie wir sehen, handelt es sich um eine Animation. Und zwar notwendigerweise. Denn in der Natur kümmern sich Bienen nicht um Weizen. Die Getreideart zählt zu den Selbstbestäubern.

Damals, als es in der Wiso-Redaktion noch Kenntnisse der Betriebswirtschaft gab, lernten Schüler die Geschichte von Bienen und Windbestäubung in der achten Klasse. Heute – Plan B – kümmert sich das Fernsehen darum, Wissenslücken mit Unfug auszustopfen.

Fast immer steckt eine erzieherische Absicht hinter dem alternativen Umgang mit Zahlen. Bei der WDR-Wissenschaftssendung *Quarks* sogar immer. Im April erläuterte das Magazin seinen Zuschauern, wie Autos zwischen 1975 und 2022 durchschnittlich an Höhe sieben und in der Breite zehn

Zentimeter zugenommen hätten, wodurch sie immer mehr Platz im Verkehrsraum beanspruchen. Auf der Grafik dazu zeigen schon die Nummernschilder und der eingequetschte Radfahrer in der Mitte, dass die Redaktion diesen Größenzuwachs als sehr problematisch ansieht.

<https://www.instagram.com/p/CrflZXiKkek/>



Screenshot via Instagram / WDR

Die Darstellung suggeriert durch ihren Text, dass die Grafik den Größenunterschied abbildet. Würde die Höhendifferenz zwischen Auto links und LMAA rechts tatsächlich sieben Zentimeter betragen, wären Autos heute im Schnitt insgesamt etwa 30 Zentimeter hoch. Darin liegt aber noch nicht die eigentliche Pointe. Sondern in der Frage: Wie entwickelte sich eigentlich die Körpergröße der Menschen in Deutschland zwischen 1975 und 2022? Etwa bis 1980 nahm die Durchschnittslänge etwa um zwei Zentimeter pro Jahrzehnt zu, danach nur noch etwa um einen Zentimeter. Das ergibt ungefähr ein durchschnittliches Längenwachstum von fünf Zentimetern.

Interessanter für Autohersteller sind allerdings die Maximalgrößen, so, wie sich Statiker an der höchstmöglichen Last orientieren. Die Grenze für das 95. Perzentil der Körpergröße bei Männern lag 1975 bei 184,1 Zentimetern – 95 Prozent aller Männer lagen also unter diesem Wert. Bis ins Jahr 2000 verschob sich diese Markierung auf 191 Zentimeter – also um ziemlich genau die sieben Zentimeter, die auch die Autos in Deutschland in dieser Zeitspanne über alle Modelle gerechnet höher wurden. Sicherlich, es kamen sehr viele SUVs auf die Straßen, zum anderen drückten aber auch die Mini Coopers und Fiat-Retromodelle den Gesamtwert wieder leicht nach unten. Alles in allem jedenfalls vergrößerten sich Autos im Verhältnis zu ihren Nutzern also überhaupt nicht, sondern die Durchschnittsmaße wuchsen einfach mit. (Die Breitenentwicklung der Fahrzeuge, zehn Zentimeter in 47 Jahren, entspricht nach Daten der Bekleidungsindustrie auch ziemlich gut dem durchschnittlichen Wachstum um die Hüften). Bei dem Fahrzeugwachstum handelt es sich also genauso wenig um einen Skandal wie beim Preis für den Flammkuchen in der Gastronomie.

Von anderen Ländern und ähnlichen Sitten aber wieder zurück ins Land, in dem es früher einmal Geldscheine mit dem Konterfei von Carl Friedrich Gauß gab. Einen mustergültigen Fall von Dyskalkulie bescherte *Die Zeit* ihrem Publikum, und zwar mit allen Elementen: aufwendiges Zahlenwerk, groteske Falschbehauptung, die schon beim ganz groben Überschlagen hätte auffallen müssen – und das alles im Dienst der Belehrung.

Die Journalistin Annika Joeres erklärte in einem Text unter der Überschrift „In der Atomfalle“, wie sich Frankreich durch Kernkraft ruinieren würde. Für seine 56 Atommeiler, rechnete sie vor, gibt Frankreich „400 bis 600 Milliarden Euro“ Subventionen pro Jahr aus. Schon die Schwankungsbreite von immerhin 200 Milliarden hätte jemanden in der Redaktion stutzig machen müssen, spätestens aber der Blick auf den französischen Staatshaushalt. Sechshundert Milliarden wären mehr als ein Drittel des Etats von 2023 (1,597 Billionen Euro). Immerhin korrigierte das Blatt dann später klein unter dem Online-Beitrag die Zahl auf die tatsächliche Subventionshöhe, nämlich sehr viel bescheidenere zwei Milliarden Euro jährlich.

Korrekturhinweis: In einer früheren Fassung wurden Frankreichs Subventionen für die Atomkraft auf 400 bis 600 Milliarden Euro beziffert. Tatsächlich sind es zwei Milliarden Euro. Wir bitten dies zu entschuldigen. (ast)

Screenshot / Die Zeit

Hier wäre ganz nebenbei ein Vergleich mit den Kosten der deutschen Energiepolitik nicht schlecht gewesen: Im Jahr 2021, als die Subventionen für Windkraft-, Solar- und Pflanzengasanlagen noch komplett als EEG-Umlage über die Stromrechnungen eingezogen wurden, bevor dieser Posten in den Bundeshaushalt wanderte, betrug diese Transfersumme gut 31 Milliarden Euro. Und das für eine Energieerzeugung, die, vom Biogas einmal abgesehen, nur schwankend zur Verfügung steht.

Der Unterschied zwischen grundlastfähiger und wetterabhängiger Stromproduktion lässt sich eigentlich gut ausrechnen – oder eben mit den Mitteln der Dyskalkulie vernebeln. Der grüne Europaabgeordnete Michael Bloss gehört gerade auf diesem Gebiet zu den prominenten Verrechnern, die ein vorbildliches Unverständnis in der Sache kongenial mit einem Narrativ verbinden.

Abgesehen einmal davon, dass 2,9 Gigawatt nicht der Kapazität von drei Kernkraftwerken entspricht (die bei fast allen über einem Gigawatt liegt): Kapazität ist etwas entschieden anderes als Leistung. Die Verfügbarkeit von Kernkraftwerken liegt über 90 Prozent. Windkraft an Land erreicht im deutschen Schnitt nur etwa 1800 Volllaststunden, sie liefert also an weniger als einem Viertel der 8760 Stunden pro Jahr ihre höchste erreichbare Leistung ab. Solarenergie schafft sogar durchschnittlich weniger als 1000 Volllaststunden. Außerdem schwankt deren Erzeugung im Jahresverlauf stark; 70 Prozent entfallen auf die Zeit zwischen Mai und September. Beim Ein- und Wiederausspeichern in Form von Wasserstoff oder synthetischem Erdgas, also dem, was sich Wirtschaftstransformatiker um Robert Habeck als Lösung zum Ausgleich der Schwankungen vorstellen, gehen insgesamt gut 60 Prozent des Stroms verloren.

Auch hier lässt sich eine realistische Rechnung anstellen, zur Güte mit Windkraft, die in ihrer Leistung immerhin etwas besser dasteht als Solaranlagen: Im 1. Quartal gingen in Deutschland bundesweit 117 neue Windräder mit einer Gesamtleistung von 546 Megawatt in Betrieb. Unter Berücksichtigung von Volllaststunden und Speicherverlust wären also etwa 3000 neue Windkraftanlagen mit einer Leistung von drei oder immer noch knapp 2000 zu fünf Megawatt nötig, um auch nur den Verlust der am 15. April abgeschalteten drei Atomkraftwerke mit ihrer Kapazität von zusammen 4 Gigawatt auszugleichen. Und das sehr konservativ gerechnet.

Eine Berechnungsaufgabe könnte also lauten: Angenommen, der Zubau von Wind und Solar bescheinigt sich so, wie von Habeck gewünscht – wie viele Jahre dauert es, dieses Ziel zu erreichen? Und eine andere, auch für eine Grafik gut geeignet: Vergleichen Sie den Flächenverbrauch von drei Kernkraftwerken mit dem von zwei- bis dreitausend Windrädern oder der entsprechenden Photovoltaik-Fläche.

Die Redakteure von ZDF *Wiso*, WDR und *Zeit* prägen zwar das Klima im Land mit. Aber sie entscheiden immerhin nicht über die Zukunft der Energieversorgung. Politiker wie Michael Bloss schon. So, wie Bauministerin Klara Geywitz über die Zukunft der Städte. In der Sendung von Markus Lanz schlug sie kürzlich vor, zur Lösung der Wohnungsknappheit auf vorhandene Häuser noch „drei, vier Etagen“ aufs Dach zu stapeln.

Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Ihren Statiker. Oder lieber gleich das Umzugsunternehmen Ihres Vertrauens, falls jemand wirklich anfangen würde, mit dieser Methode auf ihrem Gründerzeitwohnhaus neue Quartiere zu schaffen.

Die Stadtentwicklungsvorstellungen der Ministerin ähneln strukturell verblüffend der Gastronomiekalkulation von *Wiso* und der Energiezukunftsberechnung des grünen Abgeordneten: Sie scheitert schon an der Basis. In den Rechnungen gibt es zwar keine Erkenntnis, aber immer eine Botschaft. Sie lautet bei *Wiso*: Unternehmertum ist kaum etwas anderes als Trickbetrug – und Firmenchefs, die drogenhandelsübliche Profite einheimen, würden problemlos mehr Steuern vertragen. Bei *Quarks*: Autos rauben Platz und damit Freiheit. Bei Bloss: „Wir bauen die Zukunft“ geht klimakinderleicht – Atom- und nächstens Kohlekraftwerke aus, Solarmodule auf die Felder, fertig. Und laut Ministerin Geywitz liegt der Wohnraummangel weder an unregelmäßiger Migration noch an tausend Vorschriften, die Bauwillige wie Immobilieneigner erdrosseln: Aufstockung um ein paar Etagen löst das Problem. Wer folgt eigentlich diesen Argumentationen? Ein Blick in die Wählerstatistik und erst recht in die deutsche Twitter-Ausgabe zeigt: gar nicht so wenige.

Die spezielle Dyskalkulatoren-Mischung aus Inkompetenz und Bescheidwusstsein bleibt nicht ohne Tiefeneinfluss auf die Gesellschaft. Anders ließe es sich nicht erklären, dass die Grünenpolyhistorin Katrin

Göring-Eckardt erklären kann, der Strompreis würde durch die Abschaltung der Atomkraft sinken, während ihr Kollege Robert Habeck gleichzeitig die Subventionierung des Industriestrompreises ankündigt und einzelnen Unternehmen zusätzlich Milliarden anbietet, damit sie noch in Deutschland produzieren.

Unter anderen Umständen müssten sehr viel mehr Bürger fragen, warum der Strompreis in Deutschland schon seit Jahren steil steigt, obwohl doch immer mehr kostengünstige Wind- und Solarkraft ans Netz geht, und Kernkraft seit 2011 schwindet.

Ohne die Langzeitwirkung des breiten Rationalitätsverlustes wäre es auch kaum möglich, dass Politiker aus dem Milieu, das den Fachkräftemangel beklagt und durch Migration beheben will, die Vier-Tage-Woche als ganz neues Wirtschaftskonzept ausrufen. Das alles – daran muss immer wieder erinnert werden – geschieht nicht etwa nacheinander, sondern *gleichzeitig*. Solche offenkundig gegenläufigen Botschaften akzeptiert nur jemand mit handfester kognitiver Dissonanz. Und dazu wiederum gehört notwendigerweise die Fähigkeit zur Dyskalkulie, also zum Rechnen mit Narrativen statt mit Zahlen. „Prüfe die Rechnung, du musst sie bezahlen“, mahnte Bertolt Brecht, der in alten Zeiten genauso wie die Bienen und die Bestäubung zum Schulstoff gehörte.

Die Wissenslücken von Absolventen des deutschen Bildungssystems auf ökonomischem, finanziellem und technischem Gebiet klaffen sowieso schon weit und tief. Aber ohne das Narrativrechnen von Medien und Politikern wären die Betroffenen immer noch besser dran. Eine Leerstelle schadet dem Bewusstsein weniger als eine falsche Überzeugung, von der die Betroffenen auch noch glauben, es würde sich dabei um zahlengestütztes Wissen handeln.

Ein halbwegs skeptischer Endverbraucher von Medien und Politik sollte sich deshalb immer wieder den kleinen Warnhinweis aufsagen: Rechne nicht mit dem Schlimmsten.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier